

Meine Position: Der Koalitionsausschuss und die SPD

Warum ich diesen Text schreibe

Seit 46 Jahren bin ich Sozialdemokrat. Gerade deshalb tut es mir weh zu sehen, wie die SPD in der aktuellen Koalition an Entscheidungen mitwirkt, die aus meiner Sicht die Falschen treffen. Deshalb will ich hier offen sagen, was mich am Koalitionsausschuss vom 1. Juli 2026 stört.

Der Koalitionsausschuss hat am 1. Juli 2026 eine Reihe von Beschlüssen gefasst, die tief in den Alltag vieler Menschen eingreifen. Dazu gehört unter anderem die geplante Wiedereinführung einer Attestpflicht bei Krankschreibungen und die Einschränkung der telefonischen Krankschreibung. Nach Daten des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung (ZI) und der BARMER hat die telefonische Krankschreibung vor allem bei leichteren Erkrankungen dazu beigetragen, Arztpraxen zu entlasten und Ansteckungen in Wartezimmern zu vermeiden. Diese Erleichterung nun wieder zurückzudrehen, trifft in erster Linie Menschen, die sich einen Arztbesuch nicht so einfach aus dem Alltag herauschneiden können, etwa weil sie in Schicht arbeiten oder Kinder betreuen.

Koalitionsausschuss am 1. Juli 2026: Die Prioritäten der Regierung



Punkt 14: Telefonische Krankschreibung wird abgeschafft

- Nur rund 0,8 – 1,2 % aller Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen wurden telefonisch ausgestellt.
- Videosprechstunden: maximal 0,3 %.
- Kein Zusammenhang mit dem gestiegenen Krankenstand.
- Hauptursachen: elektronische Erfassung seit 2022 und starke Infektionswellen.

**Folge:**
Mehr Wege in volle Wartezimmer, mehr Ansteckungsrisiko – und mehr Belastung für Arztpraxen und Patienten.





Neue Attest-Pflicht ab dem ersten Tag

- Wer krank ist, muss künftig ab dem ersten Tag zum Arzt.
- Das kostet Zeit, belastet Praxen und erhöht Fehlzeiten – ironisch, oder?
- Gerade bei leichten Erkrankungen völlig unverhältnismäßig.

**Folge:**
Mehr Bürokratie, mehr Kosten, mehr Wege – aber sicher nicht mehr Gesundheit.



Punkt 11: Keine höhere Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften



- Trotz explodierender Ungleichheit kein Beitrag der Reichsten.
- Keine Erbschaftsteuer-Reform.
- Keine Vermögensteuer.



Wer von seiner Arbeit lebt, wird misstraut und kontrolliert.
Wer Millionen oder Milliarden besitzt, wird geschont und privilegiert.

**Das ist keine Reformpolitik.
Das ist ein Schlag ins Gesicht aller,
die jeden Tag leisten.**





Statt Vertrauen und Entlastung für die Mehrheit gibt es Misstrauen, Mehrbelastung und eine Politik für die Stärksten.

So geht soziale Gerechtigkeit nicht!

Gleichzeitig wurden im selben Beschlusspaket Einschnitte bei der Grundsicherung nach SGB II und ein sogenanntes Gesundheits-Sparpaket vereinbart, während an anderer Stelle Kommunen finanziell entlastet werden sollen. Für sich genommen mag jede einzelne Maßnahme begründbar klingen. In der Summe entsteht aber ein Bild, in dem an Menschen mit wenig Einkommen und an Kranken gespart wird, während andere Interessen deutlich vorsichtiger angefasst werden.

DIE KOALITION SETZT DIE FALSCHEN PRIORITÄTEN

KOALITIONSAUSSCHUSS AM 1. JULI 2026: BESCHLOSSEN – ABER FÜR WEN?

PUNKT 14: TELEFONISCHE KRANKSCHREIBUNG WIRD ABGESCHAFFT



BEGRÜNDUNG DER REGIERUNG:
Missbrauch verhindern. Fehlanreize abbauen.

PUNKT 11: KEINE HÖHERE BESTEUERUNG GROSSER VERMÖGEN & ERBSCHAFTEN



BEGRÜNDUNG DER REGIERUNG:
Belastung für Leistungsträger vermeiden. Investitionen nicht gefährden.

GLEICHE KOALITION – GANZ UNTERSCHIEDLICHE BEHANDLUNG!

WAS SAGEN DIE ZAHLEN ZUR TELEFONISCHEN KRANKSCHREIBUNG?

- ✓ Nur 0,8 – 1,2 % aller Arbeitsunfähigkeitsbescheinigungen (AU) wurden telefonisch ausgestellt.
- ✓ Videosprechstunden: maximal 0,3 %.
- ✓ Kein Zusammenhang zwischen telefonischer Krankschreibung und gestiegenem Krankenstand nachweisbar.
- ✓ Hauptursachen für den Anstieg der AU-Fälle:
 - Einführung der eAU (seit 2022)
 - Starke Infektionswellen



KOMMENTAR:

Wegen rund 1 % wird ein bewährtes, praxientastendes Verfahren abgeschafft.

Stattdessen: Pflicht zum Arztbesuch – auch bei banalen Erkrankungen.



NEU: ATTEST-PFLICHT AB DEM ERSTEN TAG



- ✗ Bisher: Attest ab dem 4. Kalendertag.
- ✗ Neu: Attest ab dem ersten Krankheitstag.

Begründung der Regierung:
Mehr Kontrolle. Weniger Fehlzeiten.

WARUM DAS DIE FALSCH E ENTSCHEIDUNG IST

- ✗ Belastung für Arztpraxen und Notfallambulanzen nimmt zu.
- ✗ Ansteckungsrisiko in Wartezimmern steigt.
- ✗ Hoher bürokratischer Aufwand für Arbeitgeber und Praxen.
- ✗ Verhältnismäßigkeit? Kaum – bei banalen Erkrankungen wie Schnupfen oder Heiserkeit.
- ✗ Vertrauen in Patientinnen und Patienten wird weiter untergraben.

WAS WIRKLICH ZÄHLT

- ✓ Gesunde Menschen arbeiten – kranke brauchen Zeit und Ruhe.
- ✓ Vertrauen statt Misstrauen.
- ✓ Bürokratie abbauen – nicht ausweiten.
- ✓ Ressourcen im Gesundheitswesen gezielt einsetzen.

SO SIEHT DIE PRIORITÄTENLISTE DIESER KOALITION AUS:

- ✗ **KRANKER ARBEITNEHMER?**
Mehr Kontrolle, mehr Bürokratie, mehr Wege ins Wartezimmer!
- ✗ **MILLIONENERBE ODER MULTIMILLIONÄRSVERMÖGEN?**
Weiterhin steuerlich weitgehend ungeschützt!

SPD

Die SPD hat über Jahre eine stärkere Besteuerung großer Vermögen und Erbschaften gefordert. Jetzt macht sie sie nicht einmal mehr zur Verhandlungsbedingung. Ein sozialdemokratisches Versprechen – ortenbar ausgegeben.



FAZIT:

Bei den Schwächeren wird genau hingeschaut. Bei den Stärksten lieber nicht. Das ist keine soziale Gerechtigkeit – das ist politische Schieflage.

#SPD #Koalition #Koalitionsausschuss #SozialeGerechtigkeit #Krankschreibung #Gesundheitspolitik #Vermögenssteuer #Erbschaftsteuer #Steuergerechtigkeit #Arbeitnehmer #Solidarität #Politik #Deutschland

Was mich besonders beschäftigt, ist die Rolle der SPD dabei. Meine Partei ist historisch angetreten, um genau das zu verhindern, Kürzungen bei den Schwächsten, während anderswo Rücksicht genommen wird. Wenn die SPD in einer Koalition mitregiert, wird sie Kompromisse eingehen müssen, das ist mir bewusst. Aber ein Kompromiss darf nicht bedeuten, dass am Ende die soziale Handschrift der eigenen Partei kaum noch erkennbar ist.

DIE SPD HILFT FRIEDRICH MERZ BEI DER UMSETZUNG NEOLIBERALER POLITIK.



UMFASSENDE REFORMEN
DER GESETZLICHEN RENTE
ZULASTEN KÜNFTIGER RENTNER.



MILLIARDENSCHWERE EINSCHNITTE
IM GESUNDHEITSWESEN
ZULASTEN VON PATIENTEN UND VERSICHERTEN.



MEHR KONTROLLE
BEI ARBEITNEHMERN.



MEHR DRUCK
AUF BÜRGERGELDEMPFÄNGER.



MEHR MÖGLICHKEITEN
FÜR BEFRISTETE BESCHÄFTIGUNG.



KEINE STÄRKERE BESTEUERUNG
GROßER VERMÖGEN UND ERBSCHAFTEN.



*Statt soziale
Gerechtigkeit
wird der Druck
auf die Schwachen
erhöht.*



SEIT 46 JAHREN BIN ICH SOZIALDEMOKRAT.
UMSO GRÖßER IST MEINE SORGE,
WOHIN MEINE PARTEI STEUERT.



Manche in meiner Partei sagen, man müsse Regierungsverantwortung übernehmen, um Schlimmeres zu verhindern. Das kann im Einzelfall richtig sein. Aber wenn sich die Beschlüsse immer wieder in dieselbe Richtung häufen, weniger für Kranke und Bedürftige, mehr Nachsicht an anderer Stelle, dann wird aus dem kleineren Übel eine eigene Politik, für die die SPD mitverantwortlich ist.

ENTWICKELT SICH DIE SPD ZUR PARTEI DER **SOZIALEN KÄLTE**?

Koalitionsausschuss am 1. Juli 2026 – Die Beschlüsse im Überblick



TELEFONISCHE KRANKSCHREIBUNG WIRD ABGESCHAFFT

Praxistaugliches Verfahren
fällt – trotz nur 1 % Anteil.



ATTESTPFLICHT AB DEM ERSTEN KRANKHEITSTAG

Mehr Bürokratie, volle Wartezimmer,
Misstrauen statt Vertrauen.



KEINE HÖHERE BESTEuerung GROSSER VERMÖGEN UND ERBSCHAFTEN

Zentrale sozialdemokratische
Forderung wird aufgegeben.



WEITERER AUSBAU DER KONTROLLE BEI SOZIALLEISTUNGEN

Missbrauch verhindern: richtig.
Aber Fokus liegt auf Kontrolle
der Schwächsten.



ÄNDERUNGEN IM SGB II – MEHR KONTROLLE, MEHR SANKTIONEN

- Erweiterte Kontrollbefugnisse
 - Verschärfte Mitwirkungspflichten
 - Erweiterte Sanktionen
 - Vermögen früher prüfen
 - Wohnkosten schneller begrenzen
- Missbrauch bekämpfen: richtig. Aber immer neue Pflichten für Menschen in Not.



GESUNDHEITS- SPARPAKET

Milliardenkürzungen –
Kliniken und Versorgung
stehen unter Druck.



KEINE KLAARE ENTLASTUNG DER KOMMUNEN

Folgen landen vor Ort –
bei Städten, Gemeinden und
den Menschen.



KRANKE, ARBEITNEHMER UND MENSCHEN IN NOT WERDEN HÄRTER
KONTROLLIERT. GROSSE VERMÖGEN UND ERBSCHAFTEN BLEIBEN GESCHONT.



WER SO POLITIK MACHT, ENTFERNT SICH
VOM **MARKENKERN** DER SOZIALDEMOKRATIE.
DAS IST KEINE SOZIALE POLITIK. DAS IST KÄLTE.

Meine Haltung: Ich stehe zu meiner Partei, aber ich verschließe die Augen nicht vor Entscheidungen, die ich falsch finde. Die Belastung durch die Beschlüsse vom 1. Juli 2026 verteilt sich aus meiner Sicht nicht gerecht. Kranke und Menschen mit geringem Einkommen tragen einen größeren Teil der Last als andere. Als Sozialdemokrat seit 46 Jahren erwarte ich von meiner Partei, dass sie in einer Koalition Kompromisse macht, aber nicht ihre eigenen Grundüberzeugungen aufgibt. Genau das sehe ich hier in Gefahr.

Quellen

- Beschlüsse des Koalitionsausschusses vom 1. Juli 2026
- Zentralinstitut für die kassenärztliche Versorgung (ZI), Auswertungen zur telefonischen Krankschreibung
- BARMER, Daten und Analysen zur Krankschreibungspraxis

Sprendlingen, im September 2026

Manfred Scherer

© 2026 Manfred Scherer. Die Weiterverbreitung dieses Textes, auch auszugsweise, bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Autors.

Dieser Text erschien unter der Rubrik „Standpunkte“ auf [manfred-scherer.de](https://www.manfred-scherer.de).
<https://www.manfred-scherer.de/2026/09/06/meine-position-der-koalitionsausschuss-und-die-spd/>